

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 344.

für Anhalt, und Thüringen.

Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Verone 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratis-Beilagen: Halle'scher Courier (tägl. Beilagenheft), Anhalt-Beilage (Sonntagsbeilage), Anhalt, Wittenberg, Jüterbog-Beilage, GutsMuths-Beilage, Anhalt-Beilage, Anhalt-Beilage für die junge Welt.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbesche Postanstalt oder deren Raum für Halle und den Landkreis 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Befreiung am Schluß des halbeschen Jahres die Seite 190 Pfennig. Abgabegebühren für die Expedition in Halle (Sonder) und bei allen sonstigen Anzeigengebühren.

Geschäftsstelle in Halle (Saaale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktionstelefon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Heiberg, Halle (Saaale).

Freitag, 25. Juli 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telefon Amt Kurirtel Nr. 620. Druck und Verlag von Otto Schiele, Halle (Saaale).

### Zwei Reichstagsresolutionen.

Das deutsche Heer ist ein Volksheer. Nach Durchführung der Heeresverfäugung werden alle wehrfähigen jungen Männer ihrer Dienstpflicht genügen können. Dann macht der größte Teil unserer männlichen Jugend eine militärische Erziehung durch, die auf allen Gebieten segensreich einwirken wird, weil durch diese Erziehung planmäßig die geistigen und körperlichen Eigenschaften der deutschen Jugend entwickelt werden. Es ist nur Sorge dafür zu tragen, daß die Zahl der zum Heeresdienst Tauglichen von Jahr zu Jahr wächst. Hierzu müssen die beiden großen Volkserziehungsanstalten, die Schule und das Heer, mehr als bisher ineinander arbeiten. Die Schule muß dem Heere vorbereiten. Darauf weist auch eine Entschließung des Reichstages hin, die fordert, daß in allen deutschen Bundesstaaten die Wehrfähigkeit der Jugend durch bessere körperliche Ausbildung gehoben wird. Die Zahl der nichtdienstauglichen jungen Männer, die die höheren Lehranstalten und die Volksschulen der Großstädte besucht haben, ist erschreckend groß. Das Vorarbeiten der Schule muß planmäßig, nach für Schule und Heer gemeinsamem System geschehen. Eine Verlängerung des Aufenthalts auf der Schule wäre wünschenswert, die jungen Leute bleiben dann länger unter Schulaufsicht und ihr Wissen würde vermehrt; es genügt zurzeit durchaus nicht, überfüllt Klassen, Mangel an geeigneten Lehrkräften mögen Schuld daran sein. Von günstigem Einfluß für den Heereserwerb wird auch die Durchführung des obligatorischen Fortbildungunterrichts sein. Endlich auch muß für die Fortbildung und Ueberwachung der schulentlassenen Jugend mehr geschehen.

Der zweite Teil der Entschließung des Reichstages weist darauf hin, indem gefordert wird, daß alle Verbände, die der körperlichen Erziehung der Jugend sich widmen, in dem weitesten unterstellt werden, durch systematische körperliche Übungen die schulentlassene Jugend für den Heeresdienst vorzubereiten. Der Anfang ist zwar in letzter Zeit damit gemacht worden, Deutschland hinft aber darin hinter anderen Ländern her, es ist Verdrüßliches nachzuholen. Auch sind die Verbände zu unterstützen, die die schulentlassene Jugend geistig weiter erziehen, vom Alkoholgenuss abhalten. Das sind alles bekannte Forderungen, sie müssen aber bis zu ihrer völligen Durchführung immer von neuem erhoben werden.

Einer so vorbereiteten deutschen Jugend wird der Dienst im Heere leicht werden. Wenn sich dem jeder Vorgesetzte, Offizier und Unteroffizier, seiner erhabenen Aufgabe bewußt bleibt, daß er dazu berufen ist mit seinem ganzen Können Lust und Liebe zum Heeresdienste zu erwecken und zu erhalten, dann wird während der immerhin kurzen Dienstzeit erreicht werden, daß der junge Mann gekräftigt und selbstbewußt ins Leben tritt. Jeder einzelne muß aber auch das Bewußtsein mit hinaus nehmen, daß sein militärisches Können ihn befähigt, voll seinen Platz zur Verteidigung des Vaterlandes auszufüllen, sollte er dazu aufgerufen werden. Deshalb muß der entlassene Soldat in Übung bleiben und jedem Meteorischen Lebungsgelegenheit gegeben werden.

Von Wert würde es sein, wenn eine zweite Reichstagsentschließung zur Durchführung gelangen könnte, wonach die Geschäftsfähigkeit der Reservisten, wie bei den Schweizermilizen, dauernd gehoben werden soll. So leicht wird das freilich nicht durchzuführen sein und große Geldmittel erfordern. In der Schweiz ist jeder Wehrfähige mit einem Gewehr ausgerüstet und für dieses verantwortlich, dort in den Bergen fehlt es auch an Schießständen nicht, während in Deutschland der Landeskultur und Bebauung wegen schon mancher Schießstand eingehen oder gar unter die Erde verlegt werden mußte. Die Militärschießstände reichen für die Truppe kaum aus. Es muß eine vollkommen neue Organisation geschaffen werden, verabschiedete Offiziere und Unteroffiziere würden die Beaufsichtigung, Materialverwaltung zu übernehmen haben. Die Übungen wären so zu leiten, daß sie einen Festtag für die Reservisten bedeuten, dann würde der militärische Geist

und Sinn unter ihnen neu aufleben und das militärische Können gestiegt, das Selbstvertrauen gestärkt werden.

Die obigen Ausführungen sollen klar machen, daß die Durchführung der beiden Resolutionen von großem Wert für die Wehrfähigkeit der deutschen Jugend und für die Schlagfertigkeit des deutschen Heeres sein würde. Es könnte eingeworfen werden, daß dieses alles Sache der Heeresverwaltung sei. Bei einem Volksheer muß aber jeder an seinem Teil mitarbeiten, raten und taten, so wie es ja auch von allen Deutschen bei der Durchführung der Heeresverfäugung geschehen ist. Die Heeresverwaltung muß dankbar für jede Anregung, jede Mitarbeit sein. Mit den neuen Männern wird frischer Geist im Kriegsmünsterium einziehen, dieser ist notwendig, um so gewaltige Aufgaben zu lösen.

Generalmajor a. D. v. Loebell.

### Die Kosten der deutschen Sozialpolitik.

Mit berechtigtem Stolz ist schon oft hervorgehoben worden, daß für die Sozialpolitik in Deutschland weniger aufgebracht wird, und zwar zum wesentlichen Teile von den Arbeitgebern. Die 50 Millionen Mark, die das Reich zu der Invalidenversicherung beiträgt, fallen demgegenüber sehr wenig ins Gewicht, und es läßt sich nicht leugnen, daß auch die Beiträge der Arbeitnehmer in Gestalt von Lohn-erhöhungen zu einem guten Teile von den Arbeitgebern getragen werden. Mit diesen Summen sind aber die Aufwendungen, die in Deutschland für die Arbeiterwohlfahrt gemacht werden, noch lange nicht erschöpft. Es treten dazu die Summen, die von den deutschen Einzelstaaten und den Gemeinden für diesen Zweck verandt werden, und nicht zuletzt die freiwilligen Opfer, die von den Arbeitgebern gebracht werden. Schon die Ausgaben, die in den großen Verwaltungszentren des Reiches und der Einzelstaaten für sozialpolitische Zwecke gemacht werden, übersteigen weithin die Schätzung, die man sich im allgemeinen von ihnen macht.

Nach zuverlässigen Berechnungen beliefen sich a. B. im Jahre 1908 die Ausgaben sozialpolitischer Art in der Heeresverwaltung auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter auf 74,98 M., in der Flottenverwaltung auf 45,92 M., in der Eisenbahnverwaltung auf 99,45 M. Seit dem Jahre 1895 waren diese Ausgaben um die Hälfte bis auf das Dreifache gestiegen. Ingesamt wurden die Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke im Bereiche der vorerwähnten Verwaltungen und des Reichsstands des Anners hoch im Jahre 1908 auf rund 77 Millionen Mark beziffert. Sie sind seitdem zweifellos noch erheblich gestiegen. Die sozialpolitischen Leistungen der preussischen Eisenbahnverwaltung wurden für 1908 auf 20 bis 25 Millionen Mark geschätzt, das ist pro Kopf des Arbeiters 75,31 M. Die gleichartigen Ausgaben der Verbände beliefen sich auf rund 15 Millionen Mark. Hinsichtlich liegen die Verhältnisse in den staatlichen Betrieben der übrigen Bundesstaaten. Ueber die sozialpolitischen Ausgaben der Gemeinden sind genaue Angaben nicht vorhanden, man geht aber sicher nicht fehl, wenn man dieselben auf eine erhebliche Summe, die für Gemeindefrankenkassen, für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für Arbeitsnachweise usw. ausgegeben wird, beziffert.

Daß diese Aufwendungen zu einem großen Teile eine Vorbelastung der deutschen Industrie darstellen, ist zweifellos. In keinem anderen Staate, das darf mit Recht behauptet werden, wird seitens der Industrie für die Arbeiterwohlfahrt soviel aufgebracht, wie in Deutschland. Man begeht ein Unrecht, wenn man die Klagen unserer Industrie über das Anwachsen der sozialen Lasten kurzerhand als unbegründet bezeichnet, und wenn man die Behauptung nicht gelten lassen will, daß der Wettbewerb unserer Industrie auf dem Weltmarkte dadurch wesentlich beeinträchtigt wird. Die Summen, die außer den direkten Ausgaben von Seiten der Arbeitgeber für Einrichtungen, die durch die Gewerbeordnung usw. vorgeschrieben sind, aufgebracht werden müssen, sind bei der obigen Rechnung nicht mitgezählt worden.

Allen diesen ungeheuren Lasten steht leider ein nichtmehrwertiger Erfolg in bezug auf den Mitgewinn unserer Sozialpolitik, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gewichtiger zu gestalten, kann gegenüber. Das zeigt sich u. a. gerade jetzt wieder bei dem Werftarbeiterstreik, der in so frivoler Weise vom Zaun gebrochen wurde. Daß unsere Schiffbauindustrie mit der englischen in einem stetigen schweren Kampfe liegt, ist allbekannt. Dieser Kampf wird unserer heimischen Industrie durch ihre Vorbelastung für sozialpolitische Zwecke, die den Arbeitern zugute kommen, nicht unendlich erschwert. Der Gedanke daran kommt aber den freilebenden Arbeitern nicht. Sie fügen unbedenklich den Akt ab, auf dem sie sitzen und fügen der heimischen Industrie zugunsten der englischen unermesslichen Schäden zu. Das ist die Rehrseite unserer Sozialpolitik

### Die Großmächte und die Türkei.

In den Berliner diplomatischen Kreisen bestätigt man, wie unser Berliner Vertreter meldet, daß die Verhandlungen zwischen den Großmächten über einen eventuellen Kollektivvertrag in Konstantinopel noch andauern. Die Annahme, daß die Wehrmacht der Mächte sich mit allen Vorkäufen, die England zu diesem Zwecke in Anregung bringen könnte, von nordeuropäer einverstanden erklärt hätte, kämft aber weit über das Ziel hinaus. Im Gegenteil würde, wie in diplomatischen Kreisen verstanden wird, eine Aufwerfung der Dardanellenfrage bei mehr als einer der Mächte auf nachdrücklichen Widerstand stoßen. Die Veröffentlichung des Telegrammwechsels zwischen dem König von Rumänien und dem König von Bulgarien legt man in den Berliner diplomatischen Kreisen eine besondere Bedeutung bei, da sie als ein Zeichen für die Anbahnung eines Verhältnisses zwischen Rumänien und Bulgarien aufgefaßt wird, das von Serbien und Griechenland nicht übersehen werden dürfte.

In der diplomatischen Lage ist seit Mittwoch eine Veränderung eingetreten. Die verbündete Regierung ist von ihrem bisherigen Standpunkt abgegangen, wonach die Einstellung der Feindseligkeiten den Verhandlungen in Bukarest hätten vorgezogen sollen. Sie wünscht jetzt, daß der gesamte Komplex von Fragen in Bukarest verhandelt werde, wobei die Feindseligkeiten in ähnlichen fortzudauern. Serbien begründet seinen Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß die Vormächte aus Sofia übertrieben seien. Somit hat sich die verbündete Regierung der Auffassung Griechenlands angeschlossen. König Carol hat unter Berufung auf seine dem ottomanischen Reiche stets beigeigten Sympathien und auf seine der Türkei in der Vergangenheit wie zuletzt beim Abschluß des Friedens mit Italien geleisteten guten Dienste an den Sultan ein Telegramm gerichtet, in dem er die Aufmerksamkeit des Sultans auf die Enttäuung lenkt, die die Türkei mit ihrer Aktion erfahren könnte, die sie in ein Gebiet führe, dessen Schicksal von Europa in bestimmter Weise geregelt sei.

### König Ferdinand an die Vertreter der Großmächte.

Die Ansprache, welche König Ferdinand von Bulgarien am Mittwochabend vor den Vertretern der Großmächte im Palais zu Sofia hielt, hatte folgenden Wortlaut: Ich fühle mich gebrungen, vor Europa gegen die unannehmlichen Vorgehen der türkischen Armee zu protestieren, welche nicht zufrieden damit, den Londoner Vertrag verlegt zu haben, das übersteigt, in das alte Gebiet des Königreichs in der Richtung auf Tirnovo, Elben und Kamboli einzuweichen und dabei furchtbare Ausföhrungen begeht, indem sie die Dörfer niederbrennt, die Einwohner maffriert und in ganze Trögen Schreden verbreitet. Ich kann nicht glauben, daß die Großmächte, die ihre Namen mit einem diplomatischen Akt verknüpft haben, der jetzt mit Füßen getreten wird, gleichgültig betrachten, was da heute begangen wird und untätig bleiben vor der Beleidigung, die ihnen zugefügt worden ist und vor den Untaten, deren Opfer wir sind. In der Not, in der sich die bulgarische Nation befindet, appelliere ich in ihrem Namen an die Vertreter der Zivilisation und die gute Europa durch ihre Vermittlung, meine Serren, den Leiden der Bevölkerung ein Ende zu setzen, die vor ihrem alten Unterdrücken steht.

### Kriegsrische Vorgänge.

Am Mittwoch berichte nach einer bulgarischen Meldung in der Umgebung von Viroi Muße. Bei Vassina wurden die Angriffe der Serben zurückgeschlagen und diese aus dem bulgarischen Gebiet verjagt. Bei Gerivalanka verlief der Tag ebenfalls ruhig. In der Umgebung von Kostana griffen die vereinigten serbischen, griechischen und montenegrinischen Truppen den linken bulgarischen Flügel mit starken Streitkräften an, wurden aber überall zurückgeschlagen. Die zwischen den Tälern der Struma und Bregalniza vorrückenden griechischen Truppenabteilungen wurden von drei Seiten zerniert und unter dem mörderischen Feuer der bulgarischen Truppen zum Rückzug gezwungen, wobei sie beträchtliche Verluste erlitten. Die Salzung der bulgarischen Truppen ist auf der ganzen Kampflinie ausgebreitet.

Das griechische Kriegsministerium veröffentlicht eine Depesche aus dem Hauptquartier. Danach haben die griechischen Truppen Dobrinika und Banista besetzt und den Feind nördlich von Velmoma zurückgeschlagen. Alle Dörfer wurden verlassen gefunden. Die Bulgaren zündeten einige Häuser an, um den Vormarsch der griechischen Truppen zu erschweren. Einige von den Brandstiftern wurden auf frischer Tat ergriffen und bestrast. Auch auf dem linken Flügel erlitt der Feind fortwährend Niederlagen.

### Die Absichten der Türkei.

Die Worte hat nach Sofia eine Antostnote übermittelt, in welcher sie mit Bezug auf ihre letzte Note erklärt, daß sie sich zum gegenseitigen Schutze entschlossen habe, die natürliche Grenze Warzha-Berianopol wiederherzustellen.





